

# Vom Liberalismus der Erschöpften

Von Wolf-Dieter Narr

*Im zurückliegenden Jahr wurde in den „Blättern“ über die „demokratische Frage“ (Helmut Dubiel, 4/1990; Micha Brumlik, 6/1990; Helmut Ridder, 8/1990), über „Neuvermessungen jenseits des Systemgegensatzes“ (Eckart Spoo, Lutz Marz, 9/1990; Joachim Bischoff, Wilhelm Hankel, 10/1990) und über die innerdeutschen Perspektiven der „Zivilgesellschaft“ (Thomas Schmid, 10/1990; Jörg Gutberger/Frank Lübberding, 11/1990; Lutz Marz, Friedrich Dieckmann, 12/1990) diskutiert. Der vorliegende Beitrag des Berliner Politikwissenschaftlers Wolf-Dieter Narr verknüpft einige Fäden dieser Debatten. Gegen allzu luftige Verfassungsprojekte plädiert er für die Bewahrung eines - analytisch wie politisch - gesellschaftskritischen Standpunkts, ohne diesen freilich in einem ebenso fernen Jenseits zu verorten - und ohne auf die zivilgesellschaftlichen Desiderate einer politischen Umgründung zu verzichten.*

*Der Beitrag bezieht sich - außer auf die Arbeit des Bremer Verfassungsrechtlers Ulrich K. Preuß - vor allem auf die Beiträge der Frankfurter Autorengruppe Ulrich Rödel, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel, die Dubiel im Aprilheft 1990 vorgestellt hatte. Im Juniheft antwortete Micha Brumlik unter dem Titel „Verfassungsgebungspatriotismus“. Wolf-Dieter Narr führt diese skeptischen Überlegungen fort mit dem Hinweis auf die „strukturellen Schranken“, denen sich ein „prozedurales, konfliktoffenes, menschenrechtlich ausgeflaggtes Demokratiekonzept“ zu stellen hat. Ein Folgebeitrag des Autors, der sich mit Kriterien und Problemen des Verfassungsprojekts des „Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund Deutscher Länder“ auseinandersetzt, dem Narr selbst angehört, ist in Vorbereitung. D. Red.*

Enzensbergers „Helden des Rückzugs“ geben den Ton an. Eine „politische Moral der Entmachtung“ zieht ein. Oder, wie es Jan Patocka ausgedrückt hat, von Andre Glucksmann zitiert, „die Solidarität der Erschütterten“ soll den Tag gestalten. Erschöpft wird der weite Raum eines nicht mehr puristisch-messianisch verstandenen Liberalismus entdeckt, der auch dann nicht disqualifiziert würde, wenn man ihn Liberalismus der Erschöpften nannte.

Wer wollte die neue Nüchternheit abweisen. Größen aller Art sind kostenreich aufgebaut worden und kostenreich geborsten. Große Theorien, große Führer, große Verheißungen, große Nationen. . . Die Wege zu Gewißheit und Glück, die sie boten, haben in den Abgrund geführt. So unterschiedlich ihre Versprechungen sein mochten, sie brauchten die Gegenwart zugunsten einer taubenhaften Zukunft auf und haben gerade dadurch alle Zukunft verhängt. Aufklärung als Praxis, nicht als totales Programm scheint endlich eine Chance zu haben, wenn die Ruinen lesen lehren. Aktive Resignation ist angezeigt; statt

der großen Lösungen, sind's die kleinen; an die Stelle der opferheischenden Ziele treten die Folgen bedenken lassenden Wege. Politische Organisation hat diese Einsichten umzusetzen. „Demokratie“, so äußerte sich jüngst Andre Glucksmann, „ist mitnichten das große Licht, das alles heilt, sondern lediglich eine Barrikade vor der eigenen Unmenschlichkeit. Am Anfang des Jahrhunderts waren wir vom Positivismus und der Euphorie ausgehend für Menschlichkeit - heute sind wir es aus zwingender Notwendigkeit. Damals haben wir an die Allmacht der Vernunft geglaubt, heute wissen wir nicht mehr, was der Mensch eigentlich ist. Wir haben uns einerseits als fähig zur Unmenschlichkeit erlebt, andererseits aber auch als bereit, diese Unmenschlichkeit zu bekämpfen“ (vgl. FAZ-Interview am 28. 12. 1990).

Nicht ein neuer, ein erfahrener Anfang ist angesagt. Im „Westen“ vorgemacht, leuchten nun die Chancen im europäischen Osten. Das „Projekt der liberalen Demokratie“ eile, so wird behauptet, mit raumgreifenden Schritten voran (Senghaas 1990). „Die demokratische Frage“, so Rödel, Frankenberg und Dubiel, sei gestellt (1989). Ein „neues Verfassungsverständnis“ verlangt Ulrich K. Preuß (1990). Von diesen drei symptomatischen Äußerungen bundesdeutscher Sozialwissenschaftler und Juristen aus jüngerer Zeit will ich mich im Folgenden vor allem auf die beiden zuletzt genannten Bücher beziehen. Ohne die vier Autoren in einen Topf werfen zu wollen, scheint mir doch die Richtung ihrer Argumentation zureichend ähnlich. Deswegen sei es gestattet, ihre Aussagen nebeneinander und nicht hintereinander abzuhandeln.

Rödel, Frankenberg und Dubiel (in Zukunft R/F/D) statuieren als eine ihrer Voraussetzungen: „Wir bestreiten, daß politische Institutionen in modernen Demokratien noch als mit sich identisch bleibende Einheiten in dem Sinne begriffen werden können, daß sie auch noch über die Bedingungen ihrer eigenen Veränderung souverän verfügen können. Wir lassen uns hingegen von der Vorstellung leiten, daß politische Institutionen unter den Bedingungen restlos säkularisierter Legitimationsgrundlagen von Herrschaft primär vom Zusammenhang der Bürger abhängen. Politische Institutionen in modernen Demokratien sind eben keine dauerhaft gehärteten gesellschaftlichen Tatsachen.“ (S. 19 f.) Die Offenheit der Situation für verschiedenartige Gestaltungen handlungswilliger Bürger entspringt, wie die Autoren an anderer Stelle formulieren, der „radikal“ zu Ende gedachten „Säkularisierung der Legitimationsgrundlagen politischer Herrschaft“ (Rödel u. a. 1990). „Wir haben uns überzeugen lassen, daß wir in vollends entzauberten Zeiten leben, das heißt in Zeiten, in denen es keinen außerhalb der Gesellschaft liegenden archimedischen Punkt mehr gibt, von dem aus die Art und Weise, wie Menschen leben wollen, über die Köpfe der Beteiligten hinweg konstruiert und antizipiert werden könnte.“

Diesen Voraussetzungen entspricht, daß es am Ende aller substantiellen Sittlichkeiten nicht auf Ziele, sondern primär auf Prozeduren ankommt. „So ent-

bindet der konstitutionelle Mechanismus" - Ulrich K. Preuß gemäß - „einen Prozeß des reflexiven Umgangs mit einer leidend erfahrenen Begrenzung der menschlichen Möglichkeiten, der diesen Mangel - den moralischen Partikularismus - zwar nicht überwindet, aber ihm in Gestalt der machtlosen Macht der politischen Öffentlichkeit sein kreatives Potential abtrotzt". „Was Konstitutionalisierung hier leistet", so heißt es wenig später, „ist gewissermaßen die Verwandlung einer Not in eine Tugend, indem nicht die autoritäre Fixierung der Wahrheit, sondern die allfällige und unentrinnbare Möglichkeit des Irrtums zur Grundlage der sozialen Organisation der Wissenschaft (oder des politischen Streits; d. Verf.) erklärt wird" (S. 69 f.). „Eine Gesellschaft ist" - demgemäß - „verfaßt, wenn sie sich in geeigneten institutionellen Formen und in normativ geleiteten Prozessen der Anpassung, des Widerstands und der Selbstkorrektur ständig mit sich selber konfrontiert" (S. 73). Jenseits von Eduard Bernstein wird das Ziel nichts, der Weg alles. Denn im nicht aufhebbaren Streit der Werte und Interessen kommt alles darauf an, den dauernden Konflikt, unentscheidbar wie er ist, ebenso breit zuzulassen, wie ihn infolge der offenen Prozedur gewaltfrei zu hegen. „Diese theoretische Perspektive und Deutung der Geschichte", so unterstreicht das Autorentreuegestirn, „erhebt den *Konflikt* zum Dreh- und Angelpunkt der Vergesellschaftung" (S. 108).

Gegenwart und Utopie verschmelzen miteinander wie Wirklichkeitssinn und Möglichkeitssinn. Die Prozeduren offenen Konflikts halten zur dauernden Reflexivität an. In der „*zivilen Gesellschaft*", die angelsächsisch phrasiert aus dem Lateinischen reimportiert worden ist (*civil society* aus *societas civilis*), die aber vor allem in der Auseinandersetzung mit dem bürokratischen Totalitarismus „real sozialistischer" Staaten wiederentdeckt wurde, treffen sich die prozedural ausgeleuchteten Konfliktwege zirkulär. Öffentlichkeit und nicht bedrohlich untergründig heckende Privatheit ereignen sich.

Vieles von dem, was die Autoren vortragen, ist mir aus der politischen Seele gesprochen. Die Auflösung bäuchiger Substantialitäten, die so viel Unrat gebären - handele es sich dabei um die im Schlamm der Untiefe gründelnde deutsche „Nation", um „die" Arbeiterklasse als abstraktes, Wahrheit ableitnerisch enthaltendes Subjekt oder um die Verheißung einer „befreiten" Gesellschaft, die zuerst von den allemal nicht ausrechenbaren und glücklicherweise multivalenten Menschen befreit. Wieviel Menschen sind dadurch zu Massen geformt, wieviel mögliche eigene Geschichte geschichtsmächtig verloren worden! Und wäre Demokratie anders denkbar denn als geradezu radikal offene Konfliktgesellschaft, die eben deswegen keine „Radikalenerlasse" (sprich Berufs- und politische Betätigungsverbote) erlaubt? Andernfalls müßte sogleich wieder Zuflucht genommen werden zu einem herrschaftsgewitzt substantiell aufgeladenen „Volk" als einer Pseudoeinheit oder zu einem Allgemeinwillen, den nur eine machtvolle Partei zu organisieren vermag.

Die Anti-Position gegen jede politische Identitätsphilosophie i. S. der Identifikation mit einem angeblich Glück, Freiheit, Güter aller Art garantierenden historischen Faktor formuliert, wie ich meine, ebenso eine heute - am Ende des 20., des mörderischen Jahrhunderts - möglichst nicht mehr zu hintergehende Einsicht, wie positiv die Annahme der Autoren erfahrungstark für sich spricht, daß Demokratie und Menschenrechte ein unauflösbares Tandem darstellten. „Der öffentliche Meinungsstreit, die bewußte Inanspruchnahme der politischen Freiheitsrechte, die Praxis des zivilen Ungehorsams und die Einforderung neuer Rechte bilden das Medium, in dem die Legitimität, die Vorgaben und Schranken politischer Macht formuliert und damit zugleich der Prozeß der gesellschaftlichen Selbsterzeugung vorangetrieben und offengehalten werden (R/F/D, S. 105, s. insges. S. 101 ff.). Es wird deswegen mit gutem Grund vorgebracht, daß Demokratie nicht eng auf einen formell als politisch ausgegrenzten Bereich beschränkt werden dürfe, sondern prinzipiell auch in Ökonomie oder Verwaltung gelten müsse. Was sollte man schließlich gegen ein „Konzept der Reflexivität der Verfassung“ einwenden? Das Konzept eines „moralisch reflexiven Konstitutionalismus“ (Preuß, S. 78) wird an früherer Stelle (s. S. 44) erstmals exponiert: „Ihre Qualität (gemeint ist die der Verfassung; d. Verf.) und ihr gesellschaftlicher Wert bemessen sich danach, welche Institutionen und Verfahren sie zur Verfügung stellt, mittels derer die Gesellschaft gegenüber ihren partikularistischen Kräften und selbstdestruktiven Tendenzen die Fähigkeit zur Selbsterhaltung in zivilisierten Formen, d. h. ihre eigene Verfaßtheit, bewahren kann.“

Und dennoch macht sich *Ungenüge* breit. Die Helden des Rückzugs von überspannten Theorien und Versprechungen ziehen sich auch von nötiger Analyse zu sehr zurück. Sie stellen damit ihr eigenes prozedurales, konfliktoffenes, menschenrechtlich ausgeflaggtes Demokratiekonzept in Frage. Denn die nicht prozeduralen Bedingungen der von ihnen verlangten Prozeduren und Ereignisse, etwa des Dauerereignisses „Öffentlichkeit“, werden nicht kritisch erörtert, die strukturellen Schranken offenen Konflikts werden bestenfalls am Rande berührt und fast im Sinne allgemein menschlicher Unzureichendheiten erwähnt. Nothing is perfect.

Auf Joachim Hirschs geharnischter formulierte Einwände (1990) haben R/F/D nicht gerade gespässig reagiert. Als hielten sie konflikthafte Kommunikation nur insoweit für päblich, als ihre eigenen Ausführungen davon nicht betroffen sind. Sie klotzen zurück. Ich, will nun in meiner Weise versuchen, Gehör für unerwünschte Einwände zu finden, Einwände, von denen ich selbst froh wäre, ich müßte sie nicht erheben. Aber die berühmt-berüchtigten Verhältnisse sind halt nicht so. Es hilft kein romantisches Auf-große-Ziele-Glotzen; es reicht jedoch auch nicht aus, die freiheitliche Hymne voraussetzungsloser Spielregeln abzusingen, wenn das Spiel von hintergründigen Regeln dirigiert wird. Die eigene Entschuldigung klingt hohl: „Eine empirisch orientierte Kritik vorfindlicher Herrschaftsverhältnisse sowie konkrete Vorschläge zur Reform nachtotalitärer Gesellschaften war“, so R/F/D Kritik abwehrend, „erklärtermaßen nicht

unser Anliegen." Denn die Autoren haben ihre „demokratische Frage“ hier und heute gestellt; sie haben dazu immerhin runde 200 Seiten Begründungs-  
fleisch vorgeführt; und sie haben nicht allein mit dem bestimmten Artikel des  
Titels: „Die demokratische Frage“ die Antwort, die sie für richtig halten, schon  
gegeben.

Also marschieren streitbar-pazifistisch meine Einwände auf. Sie siedeln auf  
verschiedenen Ebenen. Sie fügen sich aber zu einer Gesamtkritik zusammen.  
Diese gilt nicht dem demokratisch-menschenrechtlichen Ansatz, nicht der  
konzeptionellen Idee einer neuen Verfassung, wohl aber ihrer mangelhaften  
analytisch-kritischen Begründung, von der schwierigen Durchführung ganz  
zu schweigen:

## I

Zum ersten: Bei R/F/D stört die wohlfeile und deswegen gerade heute so weit  
verbreitete Attitüde überlegener Kritik an „der“ pauschal so genannten „Lin-  
ken“. Von Marx abwärts bis zu den Theoriedebaten im Sog der Studentenbe-  
wegung kriegen sie ihr Fett weg. Gewiß: vielfach zu Recht. Was jedoch diese  
Kritik als Kritik zahnlos macht, ist ihr pauschaler Charakter. Er wird eben nicht  
unterschieden (*krinein* heißt zunächst vor allem unterscheiden). Die unkriti-  
schen Kritiker vermeiden es außerdem, sich selbst in die Kritik hineinzuneh-  
men. Hier wäre in der Tat Reflexion am Platz. Die pauschale Kritik aber, die die  
Kritiker in einer aufgeklärten Mitte sich sonnen läßt, tut nach der eben nicht  
immer stimmigen Annahme: *les extrêmes se touchent* so, als seien beispiels-  
weise rechtskonservativ staatsgetragene und marxistisch informierte Vorbe-  
halte gegenüber der liberal-repräsentativen Demokratie bis auf die Vorzei-  
chen austauschbar. Wenn dann zusätzlich noch diese Vorbehalte selbst nicht  
in ihrer Stärke wahrgenommen werden, dann erscheinen „diese Linken“ voll-  
ends uneinsichtig borniert. Späte Dogmatiker. Die Art, sich mit Johannes  
Agnolis Analyse der repräsentativen Demokratie auseinanderzusetzen, ge-  
nauer, dieselbe in eleganter Pose zu verfehlen, könnte als Exempel dienen  
(S. 6). Der Bote, der über die strukturellen Defizite liberaler Demokratie be-  
richtet, wird der Uneinsichtigkeit bezichtigt. Mit seiner Botschaft muß man  
sich deswegen nicht mehr auseinandersetzen.

Nur eine Stilfrage? Vielleicht. Beim Umgang mit Marxscher Theorie zeitigt  
dieser Stil aber fatale Folgen. Schwächen der Marxschen Theorie werden vor  
allem bei Ulrich K. Preuß trefflich herausgearbeitet: die geschichtsphilosophi-  
sche Verblendung; der Bezug auf ein abstrakt-allgemeines, nicht auf ein histo-  
risch-konkretes Subjekt („die Arbeiterklasse“); die daraus erwachsende Ge-  
fahr angewandter Abstraktion und einer Praxis, die Folgen nicht zurechnen  
läßt; das, das man die Formlücke nennen könnte, die Mißachtung nämlich in-  
stitutioneller Vorkehrungen, die Marx als „Funktionalisten“ bis in die Kapital-  
Analyse verfolgt; und der Mangel, die Wirksamkeit politisch-moralischer Di-  
spositionen wahrzunehmen, u. ä. m. Jedoch: so notwendig eine scheuklap-

penlose, jedenfalls im Hinblick auf alle parteiischen Interessen rücksichtslose Marx-Kritik ist, sie darf nicht dazu führen, die Kapitalismus-Kritik gleichsam mitzuerledigen. Dieser Gefahr aber ist auch Ulrich K. Preuß zu einem guten Teil erlegen. „Der Markt“, so heißt es bei ihm, ohne daß dieses Abstraktum Markt institutionell gefaßt und bestimmt würde, habe sich „als ein recht zuverlässiger Mechanismus“ erwiesen. Ja, mehr noch: „erst der kapitalistische Markt“ habe „zu einer zuverlässigen und dauerhaften, wenn auch keineswegs ungefährdeten Institutionalisierung der Grundelemente von Freiheit und Gleichheit, d. h. der wechselseitigen Anerkennung der Individuen als Subjekte, geführt“; die „ökonomischen Motive“ seien „von Anbeginn institutionell an moralische Prinzipien gekettet“ gewesen, so daß „ihr normativer Universalismus die gesellschaftlichen Verhältnisse zur ständigen Selbstkorrektur im Sinne der Herstellung der realen Bedingungen von Freiheit und Gleichheit nötigte“. Demgemäß kann Preuß feststellen: der Kapitalismus habe sich als „moralisch anschlussfähig“ erwiesen (s. S. 70 f.).

Ist ein solcher Friedensschluß möglich, wenn man eine demokratische, eine menschenrechtlich orientierte, funktionsfähige und nicht nur symbolische Verfassung will? Da sich harte Bedingungen, die sich „im Raume stoßen“, nicht postmodernistisch auflösen lassen, lautet die Antwort: Nein. Ohne Frage: die kapitalistische Ökonomie und ihre gesellschaftlich-politische Fassung haben sich erheblich verändert. Sie zeigen auch heute eine große Varianz. Eingeräumt werden muß gleichfalls, daß niemand eine ohne weiteres schlüssige Alternative vorlegen kann. Der Kollaps des „realen Sozialismus“ hat diese Aporie vollends deutlich gemacht. Die demokratisch-menschenrechtlich motivierte Notwendigkeit der Kapitalismus-Kritik ist deshalb aber nicht geringer geworden. Just zu einem Zeitpunkt, da Marx' Analyse gemäß das Kapital katholisch geworden ist, da der hochgradig vermachtete Weltmarkt das ungleiche Weltkonzert der Konkurrenz dirigiert, wird so getan, als könne Politik sich gleichsam autonom etablieren, als entspreche ihr in glücklicher Analogie die vorausgesetzte und nicht mehr politisch diskutierte Ökonomie. R/F/D verkünden in der Nachfolge von Claude Lefort und Hannah Arendt geradezu die Autonomie „des“ freilich überaus abstrakt gefaßten „Politischen“. Daß der kapitalistische Markt von mächtigen, bürokratischen Korporationen mit ihrer globalen Reichweite, ihren Hauptstaaten und transnationalen Einrichtungen bestimmt wird - ohne daß diese Unternehmen ihrerseits irgend autonom bestimmen könnten -; daß die Weltmarktkonkurrenz wissenschaftlich, technisch und politisch die kleinen Wissenschafts-, Technologie- und Politikmärkte dominiert; daß der „Hunger nach Mehrwert“ oder, nichtmarxistisch ausgedrückt, das perpetuum mobile des Profit-, Expansions- und Wachstumsmotivs auch die gesamte politische Kultur der Länder durchdringt und gleichschaltet; daß diese in Waren-, Konsum- und Besitzmotive subjektivierten Motoren der ungleichen, raubbauenden Dynamik Märkte, Gesellschaften, ja noch die Individuen selbst aufspalten, und sie geradezu moralisch ohnmächtig machen; daß also die Dissoziation weltweit und innergesellschaftlich Trumpf ist und vom

gerade nicht autonomen politischen System mühsam und bürokratisch, die Dissoziation eben nicht aufhebend, zusammengehalten wird - diese lange, weiter zu verfolgende Kette von Faktizitäten und dahinterstehenden funktionalen Imperativen der gesellschaftlichen und politischen Form der kapitalistischen Ökonomie werden in kaum noch verständlicher perspektivischer Einstellung übersehen. Diese nicht einfach postulativ, mit moralischen Appellen, „symbolisch“ oder mit kleinen institutionellen Korrekturen überwindbaren Eigenschaften kapitalistischer Ökonomie und ihrer Gesellschaften dürfen wiederum ihrerseits nicht die enormen produktiven Leistungen verkennen lassen, von denen Marx schon fasziniert war, in Richtung der Produktivkraftfixierung allzu sehr.

Nicht grundlos ist es diesem kapitalistischen Phänomen in einer kostenreichen, noch anhaltenden Expansions- als Herrschaftsgeschichte gelungen, die Logik kollektiven und individuellen Handelns in hohem Maße seinen Verlaufsformen gemäß auszurichten. Die kapitalistische Ökonomie als gesellschaftliche Tatsache ist eben abgründig ambivalent. Das aber bedeutet, daß man sich jenseits des von Anfang an politisch-moralisch gescheiterten „realen Sozialismus“, aber auch jenseits des übermächtigen Kapitalismus heutiger, durchaus auch westeuropäischer, den Weltmarkt kostenreich dominierender Prägung darüber Gedanken machen muß, wie eine politisch-moralisch, sprich menschenrechtlich-demokratisch akzeptable „Eingemeindung“ oder „Sozialisation“ kapitalistischer Ökonomie aussehen könnte und müßte. Und nicht nur Gedanken. Dieses analytisch-konstruktive und auf Handeln gerichtete Postulat gilt auch und gerade dann, wenn man heute die positiven Effekte weltmarktmächtiger Ökonomie höher einschätzt als die Kosten. M. E. falscherweise, wie ich in errötender Marx-Nachfolge streitbar behaupte.

II

Zum zweiten: Wie sie die kapitalistische Ökonomie als Prämisse ganz unkapitalistisch moralisch-politisch stillgelegt haben, so haben die Autoren beider Publikationen auch das Problem der Internationalität oder Globalität und damit zugleich der Größenordnung von politischer Organisation ausgespart. Darin besteht aber doch die crux aller demokratischen Organisation (und nota bene allen moralisch verbindlichen Verhaltens). Wo soll bürgerbewegte Politik stattfinden, wenn sie keinen Ort hat; wie soll sie bürgerlich bewältigt werden können, wenn ihr die Zeit ausgeht? Das Körperwesen Mensch kann sich trotz aller technischen Hilfen nur im sozial bestellten Raum bewegen, kooperieren, diskutieren, entscheiden, handeln. Je mehr Vermittlungen dazwischen treten, je mehr der aktiv bestreit-, aber selbst der viel umfänglichere individuell begreifbare Raum sich entfernt, unwirklich wird und nur medial eine neue paradox abstrakt-vermittelte Unmittelbarkeit gewinnt, desto weniger sind bürgerliche Öffentlichkeit und ein rasonierend-handelndes Publikum möglich. Delegation und Repräsentation als Hilfsmittel sind i. S. der Überbrückung größerer Räume in politisch-demokratischer Absicht längst an ihre Wirkungs-

grenze geraten. Sie werden, wie bürgerliches Eigenhandeln zuvor dadurch substantiell in Frage gestellt, daß die Menge der zu verarbeitenden Informationen und die Zahl der dicht andrängenden Probleme und Entscheidungen die Ökonomie der Zeit einer Bürgerin oder eines Bürgers, aber auch die repräsentativer Organe überfordern. Bürger und Parlamente leben, recht besehen, dauernd am Rande räumlich-zeitlichen Bankrotts.

Erneut gilt: Es gibt keine einfache Auflösung dieser Schwierigkeiten. Nicht umsonst ist Max Weber infolge der quantitativ expansiven, Qualitätssprünge bewirkenden Probleme der Moderne schier verzweifelt. Deswegen darf kein verfassungspolitisches Raisonement sich aus dieser Problemfalle wegstellen und frisch fromm fröhlich frei die Offenheit demokratischen Konfliktraums und bürgerlichen Handelns verkünden. Es kommt nicht von ungefähr, daß beispielsweise ein liberaldemokratisch wenigstens anscheinhaft akzeptables Organisationskonzept nicht einmal für das EG-Europa vorhanden ist.

### III

Zum dritten: Von R/F/D wird Hannah Arendts Handlungskonzept emphatisch hochgehalten. Die subjektiven und die objektiven Bedingungen der Möglichkeit, daß wenn schon nicht die Mehrheit, so doch eine beträchtliche Minderheit moderner Gesellschaften in Wirklichkeit handelt und sich handelnd, also politisch, verwirklicht, werden nicht einmal angedeutet. Sie werden, wengleich immer prekär, als gegeben unterstellt. Jedenfalls inmitten des „posttotalitären“ und „nachmetaphysischen“ Europa, Deutschland in der Mitten. Die Autoren sehen hierbei, auf den Schultern von Hannah Arendt und - anders - Claude Lefort stehend, nicht nur nicht weiter als diese beiden, sie argumentieren ungleich gegenwartsfroher. Vom Schwinden des politisch-sozialen Raums und der asthmatischen Ökonomie der Zeit einmal zu schweigen, wäre es doch wenigstens einer Anstrengung wert gewesen, Ausschau zu halten, ob und wo die bürgerlichen Subjekte zu sichten wären, denen die reflektierte Dauerekstase des handelnden Gangs zugetraut wird. Tocqueville wird zitiert. Seine auf die heute Zeit zielende Diagnose eines exzessiven Subjektivismus, der die Subjekte sozial isoliert und schier ohnmächtig hinterläßt, wird aber nicht erörtert (vgl. hier die in diesen Zusammenhang gehörige, kennzeichnenderweise ähnlich schwache Publikation von Thomas Schmid 1990). Hat Adorno vor Jahrzehnten nicht zu Recht schon darauf aufmerksam gemacht, daß die objektiven (sachlich/institutionellen) Umstände zuerst und vor allem untersuchen muß, wer an der selbstbewußten Person interessiert ist? Diese und ähnliche Lücken des Raisonements der Autoren mögen z. T. auch darauf zurückzuführen sein, daß sie wie Loths Weib an der Hand von Hannah Arendt, Claude Lefort u. a. zurückschauen, daß sie aber anders als die erstarrende mythische Frau problemelastet in der herrlichen „post“-vollen Gegenwart wandeln. Denn mit Hannah Arendt (diese Beobachtung gilt anders auch für Ulrich Preuß' Abhandlung) idealisieren sie die Geschichte der nordamerikanischen Verfassung (ohne freilich Arendts radikale rätedemokratische Schlußfolge-

rangen zu teilen). Und mit Claude Lefort setzen sie sich vor allem „nachmetaphysisch“ von allen Ancien Regimes ab und „posttotalitär“ von allen Formen bürokratisch-stalinistischer oder faschistischer Herrschaft des 20. Jahrhunderts. Sie versäumen aber darob, die demokratische Frage oder auch die Frage eines „moralisch reflexiven Konstitutionalismus“ im Problemkontext der Gegenwart im Fadenkreuz ihrer erkenntlichen Hauptstrukturen und Hauptfunktionen abzuhandeln. Der Umgang mit der Historie und ihre gegenwärtige Bedeutung, übrigens auch der Umgang mit der eigenen Geschichte und seine kognitiv-konzeptionellen Folgen, wären einer eigenen Abhandlung wert.

#### IV

Zum vierten: Reflexionshaltige, an Reflexion appellierende Formulierungen treten haufenweise auf. Fast verheddert man sich darin oder spürt zuweilen die Gefahr, daß Reflexion zur Geste wird, zum Als-Ob. Daraus erwachsen aber keine Schwierigkeiten. Letztere ergeben sich dort, wo das Zusammen- und Widerspiel letztlich allein personal möglicher - eine Behauptung entgegen der Systemtheorie - Reflexion und der sie wahrscheinlich oder unwahrscheinlich machenden institutionellen Bedingungen nicht zum Thema werden. Darum erzeugen die voraussetzungslose Offenheit und die offene Voraussetzungslosigkeit bei R/F/D (s. auch Dubiel 1990) oder das Insistieren auf moralisch reflexiver Verfassung bei Ulrich K. Preuß, das die institutionellen Bedingungen nicht ausbreitet, ein durchaus reflexives Ungenügeföhl.

#### V

Zum fünften: Insbesondere R/F/D tun so, als sei die von ihnen gestellte demokratische Frage, mühe- und konfliktvoll gewiß, hier und heute inmitten der gegebenen Schwundform repräsentativer Demokratie beantwortbar. Zwar verlangen sie im Schlußkapitel ein Mehr an Beteiligung. Schon gegen Habermas wenden sie ein, „daß die Notwendigkeit symbolischer Reproduktion von Institutionen auch im Bereich der Wirtschaft und der Verwaltung unhintergebar“ sei (S. 161). In einfacherem Deutsch gesagt: auch Ökonomie und Bürokratie müssen sich in Frage stellen lassen. Sie reden aber von der repräsentativen Demokratie und den Wahlen, als sei mit diesen Institutionen der Schlüssel für eine fortdauernd offene Gesellschaft gefunden, indem sie fast wie die Pluralismustheoretiker der 50er Jahre (Dahl, Galbraith u. a.) eine ewige sich ausgleichende Bewegung von Welle und Gegenwelle imaginieren. Die Strukturkrise - nicht nur die Strukturdefizite repräsentativer Demokratie, von denen Ernst Fraenkel schon gesprochen hat - ist für sie ein Thema allenfalls für „linke“ Ideologen“. Die pluralismus-kritische Diskussion amerikanischer und nicht-marxistischer Provenienz von Schattschneider über Bachrach/Baratz bis hin zu den späten Robert Dahl und Charles Lindblom selber kommt nicht einmal hintergründig ins schöne Bild. Dabei haben doch die Schattschneiders u. a. gewiß nicht antipluralistisch argumentiert, sondern nur eine Pluralismus-Theorie als Ideologie kritisiert, die vorgibt, daß die vorhandenen repräsentativ fixierten

Wahlmechanismen eine demokratisch ausgeglichene Gesellschaft garantieren. Als reproduzierte sich die offene Konfliktgesellschaft fort und fort; als wäre sie nicht durch vorausgesetzte Non-Decisions strukturell begrenzt und würde sie nicht durch neue Entscheidungen etwa der Forschung, Erfindung und Anwendung von sog. Schlüsseltechnologien oder eines Energiesystems u. ä. fortdauernd und kaum aufhebbar eingeschränkt; als wären alle Interessen gleichermaßen organisations- und durchsetzungsfähig, als sortierte nicht die Eigenart des Wahlmechanismus selbst schon und machte im übrigen eine Politik i. S. Hannah Arendts schier unmöglich. Usw. usf.

## VI

Zum sechsten: R/F/D verfügen über eine prächtige Immunisierungsstrategie gegenüber aller Kritik. Vorbildhaft geradezu. Sie legen u. a. mit Claude Lefort vorrangig Wert auf die symbolische Dimension der Wirklichkeit. Sie sprechen deswegen in Sachen liberaler Demokratie häufig vom „symbolischen Dispositiv“. Diesem Reden liegt die (m. E. richtige) Annahme zugrunde, daß die kognitiv-symbolische Konstruktion der Wirklichkeit durch Menschen und schließlich die symbolischen Dispositionen, die sie treffen, eine nicht zu unterschätzende, „materialistisch“ nicht zu reduzierende Prägekraft besitzen. Menschen als Symbole schaffende - mit der Sprache hebt's an - und sich mit Hilfe von Symbolen orientierende Wesen gestalten gerade dadurch ihre Wirklichkeit mehrdimensional, veränderungsfähig und veränderungsoffen. Deswegen überzeugt Leforts Abgrenzung des Symbolischen von der Ideologie und spricht gleichfalls Vieles dafür, daß veränderte z. B. „nachmetaphysische“ Wert- und Politikorientierungen die harte institutionelle Wirklichkeit immer erneut untergraben. Aber R/F/D (und ihnen hintergründig Lefort u. a.) schießen übers Ziel bzw. die Triftigkeit ihrer Annahmen hinaus, wenn sie zum einen eine Art dichotomischer Wirklichkeit: hier „das“ Symbolische, dort die (rohe) Faktizität konstruieren und „das Symbolische“ von den *facta bruta* gar nicht mehr blamieren lassen. Als gäbe es keine Wechselbezüge, ja eine freilich nicht einseitig kausale wechselseitige Produktion. Zum anderen aber machen sie sich's, symbolisch entfleuchend, zu leicht, wenn sie den schattenreichen Übergang von symbolischer Konstruktion zur Ideologie, zur herrschaftlich wirksamen Verblendung von Wirklichkeit nicht dauernd ausleuchten. Reflexiv noch und noch. In der Art aber - ihre Wahlillusion ist hierfür beispielhaft -, wie sie ihr „symbolisches Dispositiv“ vom Dreck entgegenstehender (struktureller) Wirklichkeit sauber halten, entwirklichen sie insgeheim die humane Botschaft im Symbolischen selbst. Nicht allein der *symbolic use of politics*, Politik als Ritual, steht, mit Murray Edelman gesprochen, auf der Tagesordnung, sondern auch der politische Gebrauch von Symbolen, nota bene nicht zuletzt der Sprache.

## VII

Zum siebten: In der größten Stärke beider Entwürfe steckt auch die größte Schwäche. Daß Formen (Prozeduren, institutionelle Vorkehrungen, ausdrück-

liche Formulierungen von Normen à la Menschenrechte) ernst genommen werden, kann nicht nachdrücklich genug gerühmt werden. Jedoch: Dieses Ernstnehmen von Formen führt vor allem bei R/F/D zu einer Art All- „Prozeduralisierung“ - dieses Unwort ist nicht auf meinem Mist gewachsen - die den Ernst der institutionell gegebenen oder gewählten Formen aufzulösen geneigt ist (Habermas, sprachtheoretisch ansetzend, gibt dafür ein nahes anderes Exempel). Vor allem aber werden kaum andere (neue, alte, veränderte) Formen genannt, die sich als institutionelle Bedingungen in demokratisch-menschenrechtlicher Absicht eignen. Der Eindruck drängt sich auf, als bestünde eine Angst vor inhaltlicher Verbindlichkeit; als sollte der Hinweis auf Prozeduren, gar „symbolische Dispositive“ die ausgelassene Analyse institutionell-inhaltlicher Definitionsmächte à la Kapitalismus rechtfertigen. Gerade wenn der (dialektische) Zusammenhang von Inhalten (Zielen) und Formen begriffen wird, gerade dann kommt es darauf an, z. B. für die menschenrechtlichen Inhalte die zeitgemäß passenden Formen zu diskutieren und die verborgene oder offene inhaltliche Festlegung gegebener oder neuer Formen zu analysieren und zu diskutieren. Kein Inhalt ohne Form; aber auch: keine Form ohne Inhalt! Während bei Preuß die genauere Form-Inhaltsbestimmung unabgeschlossen offen bleibt oder auch als Aporie erkenntlich wird, statuieren R/F/D geradezu postmodern unverbindlich (gerade wenn man sich auf Demokratie und Menschenrechte bezieht): „Das demokratische Dispositiv ist zwar im Gründungsakt bereits real wirksam und bestimmt das Zusammenhandeln der Mitglieder der Zivilgesellschaft, aber seine weitere Realisierung in Form von Institutionen läßt sich nicht vorherbestimmen und auf ein vorgegebenes Ziel ausrichten“ (S. 121). Was Wunder, daß die symbolischen Spielregeln kontextlos wirken, als solle das „symbolische Dispositiv“ eines Fußballspiels an einem Gletschermassiv offen weiterentwickelt werden. Da kann man nur noch frei mit dem ersten Bundespräsidenten der kritisch von den Autoren nur noch geritzten zweiten deutschen Bundesrepublik sagen: Nun spielt mal schön.

Wer die strukturellen Probleme heutiger Demokratie, der Menschenrechte und ihrer Verfassung wirklichkeitswissenschaftlich diskutierte, der dürfte nicht mit perspektivisch großen Entwürfen ihrer „eigentlichen“ Verwirklichung aufwarten. Aber um der Demokratie willen, die Bürgerinnen und Bürger zu allererst ernstnimmt, und der Menschenrechte halber ist eine radikal nüchterne Bestandsanalyse ebenso wichtig, wie eine normativ-moralische Orientierung, die den Kontext nicht vergißt: denjenigen, der zu überwinden, denjenigen der neu zu schaffen wäre. Wer aber politisch-moralisch sehr viel ausgreifender argumentiert als institutionell-materiell, der leistet dem politischen Mißbrauch politischer Moral Vorschub. Demokratie und Menschenrechte sind nicht zu Discountpreisen zu haben. Auch nicht - ein Thema, das hier nicht behandelt werden konnte - indem man die Existenz einer (begriffsleeren) „Zivilgesellschaft“ simpel unterstellt. Gerade weil es auf das Bewußt-

sein, das Verständnis der Menschen so sehr ankommt, muß man ihnen die (schlechte, gefährliche, ambivalente) Wirklichkeit zutrauen.

Nachsommer der Demokratie? Albert Stifter hat, politisch resignativ durchaus, den Roman „Nachsommer“ geschrieben. Er hat in den Bunten Steinen die „Andacht zum Kleinen“ gepredigt. Die Zeit ist ganz anders. Die Autoren sind ganz andere. Aber wenn man, wie ich dies gerade tue, im frühen Januar 1991 einen Artikel über Demokratie und Verfassung, über Probleme demokratischer Verfassung schreibt und hierbei auf die thematisch einschlägigen Äußerungen wissenschaftlich-politisch unterschiedlicher, aber vergleichsweise nahestehender Autoren trifft, dann kann man den drohenden Krieg im Nahen Osten und all das, was er nicht zuletzt über die westlich-kapitalistischen Demokratien aussagt, auch wenn er hoffentlich nicht ausbricht, nicht aus seinem Sinnen und Sprechen wegdrängen. Menschenrechte und Demokratie verlangen gerade auch angesichts der insgesamt schlimmen Erfahrungen mit dem „realen Sozialismus“ nicht ein Weniger, sie verlangen unter ihnen geschichtlich-gegenwärtig durchaus nicht zuarbeitenden Bedingungen ein Mehr an nüchterner Radikalität.

P.S.: Ein weiterer Artikel, der die verfassungspolitischen Probleme, wie ich sie sehe, resümiert, folgt. Er kann aus Platzgründen nicht, wie geplant, mit dem vorstehenden Artikel verbunden werden.

*Literatur:*

Helmut Dubiel, 1990: Die demokratische Frage, in: „Blätter“, 4/1990, S. 409-419.

Hans Magnus Enzensberger, 1990: Die Helden des Rückzugs. Brouillon zu einer politischen Moral der Entmachtung, zuerst in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 9. 12. 1989; neu abgedruckt in: „Sinn und Form“, 3/1990, S. 579-584.

Andre Glucksmann, 1990: Warum ist die Depression gut für Europa, Monsieur Glucksmann?, in: FAZ, 28. 12. 1990.

Joachim Hirsch, 1990: Ein Bekenntnis zur real existierenden Demokratie, in: „links“, 1/1990, S. 32/33.

Wolf-Dieter Narr, 1990: Wider die blinden Sieger, in: „Leviathan“, 3/1990, S. 417-434.

Ulrich K. Preuß, 1990: Revolution, Fortschritt und Verfassung. Zu einem neuen Verfassungsverständnis, Berlin.

Dies., 1990: Unpolitische Radikalität. Entgegnung auf Joachim Hirschs Kritik unserer „Demokratischen Frage“, in: „links“, 3/1990.

Ulrich Rödel, Günter Frankenberg, Helmut Dubiel, 1990: Die demokratische Frage. Ein Essay, Frankfurt/M.

Ulrich Rödel, 1990 (Hrsg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt/M. In diesem Band sind etliche der einschlägigen Artikel von Claude Lefort abgedruckt.

Thomas Schmid, 1990: Staatsbegräbnis. Von ziviler Gesellschaft, Berlin.

Dieter Senghaas, 1990: Jenseits des Nebels der Zukunft: Eine geschichtsmächtige Kontroverse neigt sich zum Ende, in: „Leviathan“, 2/1990, S. 184-195.

Ders., 1990: Fröhliche Antwort auf meine Kritiker, in: „Leviathan“, 4/1990, S. 506-517.